



# Dr. Axel Troost MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 286 ☒ (030) 227 - 76 286

Mobil ☎ 0172 - 540 38 01

Email: [axel.troost@bundestag.de](mailto:axel.troost@bundestag.de)

Email privat: [axel.troost@t-online.de](mailto:axel.troost@t-online.de)

Email Abg.-Büro Bremen: [axel.troost@wk.bundestag.de](mailto:axel.troost@wk.bundestag.de)

Email Abg.-Büro Leipzig: [mdb.axel.troost.leipzig@web.de](mailto:mdb.axel.troost.leipzig@web.de)

Tel. Enrico Stange ☎ 0163 - 162 32 19

Homepage (z.Zt. in Arbeit)

Berlin, den 14.11.2005

## Pressemitteilung

### Versteckte Mine im Koalitionsvertrag: Haushaltssanierung zu Lasten der Rentner/innen - Freibrief für Rente nach Kassenlage

*Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, erklärt zum Vertrag der Großen Koalition:*

Der Koalitionsvertrag enthält im Kapitel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen eine Passage, die eine massive Bedrohung für die künftige reale Einkommensentwicklung der Rentnerinnen und Rentner bedeutet.

Schön versteckt auf Seite 68 ist folgender Satz zu lesen:

***„Die Dynamik der Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Rentenversicherung wird gestoppt.“***

Bekanntlich stellt der Zuschuss des Bundes zur Gesetzlichen Rentenversicherung von ca. 70 Mrd. € den größten Posten im Bundeshaushalt dar. Nach § 213 Abs. 2 Sozialgesetzbuch VI ändert sich dieser Zuschuss proportional zur Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme und zum Beitragssatz.

Diese Dynamik, die ein über Jahrzehnte bewährtes Grundprinzip der Altersversorgung in Deutschland ausmacht, wird nun abgeschafft. Damit haben sich die Parteien der Großen Koalition einen Blankoscheck zur größten Rentenkürzung bzw. Rentenbeitragsserhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und einen Freibrief für die Rente nach Kassenlage verschafft.

Was wird stattfinden: Da die neue Bundesregierung sich jeglicher Diskussion über die in Brüssel auf höchster Ebene debattierten Alternativen zum Stabilitätspakt verweigert und in 2007 dessen Vorgaben erfüllen will, muss sie den größten Posten im Bundeshaushalt zusammenstreichen - mit zwei Folgen: Entweder werden die Renten drastisch gekürzt oder die Beiträge drastisch erhöht. Dies vor dem Hintergrund der bereits mit der Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und der Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags für Rentner/innen ebenfalls beschlossenen faktischen Rentenkürzungen - ganz zu schweigen von den bereits von rot-grün mit dem „Nachhaltigkeitsfaktor beschlossenen Kürzung.

Wohlgermerkt: Im Kapitel zur „Sozialen Sicherheit“ des Vertrages steht ganz Anderes. Dort werden „Beitragssatzstabilität“ und „keine Rentenkürzungen“ versprochen. Dieser Vertrag beweist:

Die Rentnerinnen und Rentner drohen zur Melkkuh der neuen Regierung zu werden, solange sich diese einer grundsätzlichen Neuausrichtung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik verweigert.